

Jan- Simon Laarakker
Sulenweg 15
46446 Emmerich
Tel: 02822/538899

NRZ Artikel „Die Kritiker hatten doch recht“ vom 01.08.2012

Leserbrief

Ja, es ist leider so, die Kritiker hatten recht. Doch warum konnte und musste es soweit kommen? Die NRZ liefert gleich die Lösung mit: alle hatten ja damit gerechnet.

Kein Wort von den Möglichkeiten, den unaufhörlichen Wortbruch der Deutschen Bahn im Zusammenhang mit der Betuwe zu thematisieren und im Interesse der Lebensqualität der Anwohner zu bekämpfen. Kein Wort über die Erfolge am Mittel- und Oberrhein durch die Bürgerinitiativen gemeinsam mit der Politik. Am Mittelrhein wird laut Bundesverkehrsminister Ramsauer nun ernsthaft eine alternative Streckenführung diskutiert.

Warum nicht auch hier? Die NRZ befragt ausschließlich Ratsmitglieder, die für die Bestandsstrecke sind und damit für die aktuellen und zukünftigen Probleme für die Stadt Emmerich mit verantwortlich sind. Warum werden nicht Ratsmitglieder wie Bernd Nellissen befragt, der seit Jahren innerhalb wie außerhalb der Rats- und Ausschusssitzungen wie in der Bürgerinitiative IG BISS vor den Folgen der jetzigen Politik mit der Betuwe Linie gewarnt hat und den weiter wachsenden Ausbau des Rotterdamer Hafens mit seinen kommenden Engpässen immer wieder angesprochen hat. Diese Position hat sich bis heute als richtig herausgestellt, doch berichtet wird darüber nicht, weil Herr Nellissen keine Fraktion hat und parteilos ist.

Von Bahn und Politik haben wir über Jahre gebetsmühlenartig gehört, es gebe erst den Lärmschutz und erst danach die Blockverdichtung. Viele haben dem leider viel zu lang Glauben geschenkt. Nun stehen wir alle vor dem zusätzlichen Dilemma.

Es ist höchste Zeit für ein neues, aktuelles Vergleichsgutachten über Kosten und Nutzen des Bauwerks Betuwe auf der Bestandsstrecke sowie einer Alternativtrasse zwischen Emmerich und Oberhausen als reiner Gütertrasse, wobei die Kosten für den ICE auf der Bestandsstrecke nicht mitgerechnet werden dürfen!!!. Die Kosten eines solchen Vergleichsgutachtens würden zu 50% von der Euregio getragen, die anderen 50% müssten sich die 5 Kommunen teilen.

In jedem Lebensbereich werden Kostenvoranschläge gefordert, warum nicht hier?

Ich verstehe überhaupt nicht, warum die Forderung nach einem aktuellen Vergleichsgutachten von der kommunalen Politik nicht aufgegriffen wird. Wovor hat man Angst?

Formatiert: Schriftart: Calibri